

### Amtsverweser wird Bürgermeister

**Ispringen (RW).** Einen Favoritensieg im ersten Wahlgang gab es bei der Bürgermeisterwahl in Ispringen. Der nach der dauerhaften Erkrankung des Amtsinhabers vom Landrat eingesetzte Amtsverweser Volker Winkel setzte sich bei den gestrigen Wahlen mit 77 Prozent der Stimmen ganz eindeutig durch und führt die Verwaltung ab sofort auch mit dem Segen der Bevölkerung.

Winkels aussichtsreichster Mitbewerber, der CDU-Gemeinderat Stefan Jung, brachte es gerade mal auf 20,3 Prozent der Stimmen. Maurermeister Karlheinz Elsässer errang 2,1 Prozent der Stimmen und Mathias Fey, Zimmermeister aus Dobel, landete mit 0,6 Prozent abgeschlagen auf dem letzten Platz.

### Adam weiterhin Finanzdezernent

**Kreis Karlsruhe (madl).** Die Kämmerer im Landratsamt Karlsruhe hat einen neuen Amtsleiter. Wie berichtet, hat der Verwaltungsausschuss des Kreistags Ragnar Watteroth zum neuen Kämmerer der Kreisbehörde gewählt. Watteroth leitet derzeit das Rechnungsamt der Gemeinde Karlsbad und ist Betriebsleiter des dortigen Eigenbetriebes Wasserversorgung.

Er folgt lediglich im Amt des Leiters des Kämmereramtes auf Peter Adam, der bislang in Personalunion Kämmerer und Leiter des Dezernates für Finanzen und Beteiligungen war. Dieses Dezernat wird Adam weiterhin leiten. Am Samstag hatten wir bedauerlicher Weise irrtümlich berichtet, Watteroth folge Adam, der in Ruhestand gehe. Adam bleibt Dezernent.

### Benefizkonzert im Dom zu Speyer

**Stutensee/Östringen/Speyer (BNN).** 2 000 Zuhörer werden erwartet, wenn es am 26. April wieder heißt „Baden schaut über den Rhein“. Ab 15 Uhr gibt es im Dom zu Speyer ein Benefizkonzert mit der Stadtkapelle Östringen und verschiedenen Chören.

Vier Männerchöre werden mit ausgesuchter Chorliteratur den Dom zum Klingeln bringen. Die auftretenden Chöre unter Leitung von Walter Muth sind der „Liederkrantz“ Ötigheim, die „Sängervereinigung Germania“ Weinheim, der „Froh-sinn“ Rotenberg und „Concordia“ Blankenloch.

Im ersten Teil ist sakrale, klassische Literatur, im zweiten Teil des Konzerts mehr weltliche Musik vorgesehen.

### Überlappung kostet eine Million im Jahr

**Stutensee (mr).** Die vorgesehene Verlängerung der Stadtbahn von Stutensee-Spöck über Bruchsal in den nordwestlichen Landkreis kommt weiter voran. Das Landratsamt hat die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) beauftragt, den betroffenen Verkehrsraum zu untersuchen. Neben Stutensee, Karlsdorf-Neuthard, Bruchsal, Forst, Hambrücken und Waghäusel bezieht die AVG auch Dettenheim, Oberhausen-Rheinhausen und Philippsburg in die Prüfung ein. Zu Trassenverlauf und Kosten gibt es aber noch keine Prognosen.

Vorsichtige Kostenschätzungen liegen hingegen für einen Überlappungsbereich der Verkehrsverbünde Rhein-Neckar und Karlsruhe vor: Die Mehrausgaben könnten eine Million Euro im Jahr betragen.

### Geld für den Hochwasserschutz

**Philippsburg (BNN).** Die Landesregierung stellt für Arbeiten am Polder Rheinschanzinsel bei Philippsburg über 4,4 Millionen Euro zur Verfügung. „Das bedeutet“, so der CDU-Wahlkreisabgeordnete Heribert Rech in einer Mitteilung, „für die Menschen der umliegenden Gemeinden besseren Schutz vor Hochwasser.“ Das Geld werde unter anderem für das Pumpwerk Walthersee/Freyersee bereit gestellt. Über 2,3 Millionen werde das Land zudem für das Deichsanierungsprogramm entlang des Rheins zwischen Rastatt und Mannheim investieren.

Die Projekte seien Teil des Integrierten Rheinprogramms. In der Region seien zudem kleinere Maßnahmen, an Kraichbach, Pfingst und Saalbach geplant.

## Die „challenge“ fordert Sportler und Helfer

14. Juni: deutlich aufgewerteter Kraichgau-Triathlon

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

#### Ubstadt-Weiher/Bad Schönborn/Bretten.

Vier Mal gab es den „Kraichgau-Triathlon“. In diesem Jahr wird diese große Sportveranstaltung neu aufgezogen – größer. Und mit neuem Namen: „challenge Kraichgau“. Das englische Wort „challenge“ bedeutet Herausforderung, und ist auch eine solche. Nicht nur für die Sportler, sondern auch für die Organisatoren. „Challenge“ ist dazu ein Markenname, der mehrere bedeutende Triathlon-Veranstaltungen in Europa verbindet. Ab diesem Jahr auch das Event im Kraichgau, zu dem Stefan Hellriegel und seine Mitstreiter am Sonntag, 14. Juni, über 3 000 Sportler erwarten – 500 mehr als vergangenes Jahr.



Kraichgau-Triathlon

Um „challenge“ zu werden, musste man das bisherige Konzept ändern. Insbesondere die Radstrecke, die dem Schwimmen folgt und vor dem Laufen kommt, zieht sich jetzt über 90 Kilometer durch den gesamten Kraichgau. Nach dem Schwimmen im Hardtsee (1,9 Kilometer) geht es über Östringen und Odenheim nach Menzingen und Gochsheim, nach Bretten-Büchig und Bretten-Bauerbach, nach Flehingen und Zaisenhausen zurück nach Odenheim. Ein kurzer Schlenker über Tiefenbach und Eichelberg mit zwei steilen Rampen folgt, bevor wieder der Schindelberg und die Abfahrt Richtung Östringen wartet. Zwischen Mingolsheim und Langenbrücken sind dann noch drei Lauf- und Radstrecken zu absolvieren.

Rund 1 600, 1 700 Athleten werden diese „challenge“ annehmen, dazu kommen die Staffeln. Der Start ist am Vormittag, nachmittags folgen dann noch einmal rund 800 Sport-

ler auf der olympischen Triathlon-Distanz von 1 500 Meter Schwimmen, 40 Kilometer Radfahren und 10 Kilometer laufen.

Für Organisatoren bedeutet das einen gewaltigen Mehraufwand. So ist der Hardtsee bis in den Nachmittag hinein in der Hand der Triathleten – bislang war es nur am Vormittag. Sodann zieht sich das Radfahren aus beiden Wettbewerben ebenfalls bis weit in den Nachmittag hinein – das erfordert längere Einsätze von Polizei und Helfern bei der Streckenspernung. Schließlich zieht sich der Wettkampf bis spät in den Nachmittag – mehr Arbeit für die Helfer im Ziel in Mingolsheim.

Stichwort Helfer: Durch die verlängerte Radstrecke, die auch deutlich mehr Orte als zuvor berührt, werden nun an die 1 500 Freiwillige – „das Rückgrat der Veranstaltung“ – benötigt für die vielfältigen Jobs. Das reicht von den Lebensrettern auf dem See bis zum Streckenposten an einer Abzweigung hinter Bauerbach und zum „Getränkemann“ an der Laufstrecke in Bad Schönborn.

Für Stefan Hellriegel hat sich der seitherige Kraichgau-Triathlon dauerhaft etabliert. Die Finanzierung erweise sich in diesem Jahr zwar als schwierig, aber er ist zuversichtlich, mit dem Markennamen „challenge“ auch künftig eine hochkarätige Veranstaltung bieten zu können. Vor allem im Wettbewerb um die internationalen Topathleten verspricht er sich durch den Zusammenschluss zur „Challenge“-Serie Vorteile. Und zudem sieht Hellriegel noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Das neue Konzept erlaube bis zu 4 500 oder gar 5 000 Starter, die schon 2010 ins neue Bad Schönborner Stadion einlaufen und sich dort als „finisher“ feiern lassen können.



Das IST NUR DER ANFANG: Bei der „challenge Kraichgau“ schwimmen die Triathleten im Hardtsee bei Weiher, fahren Rad bis Zaisenhausen und laufen in Bad Schönborn einen Halbmarathon. Foto: pr

### Viel Alkohol, wenig Kleidung

**Rastatt (BNN).** Mit 1,9 Promille ist am Samstag Nacht Uhr ein 54-jähriger Pkw-Fahrer in Rastatt von der Fahrbahn abgekommen. Durch die Alkoholeinwirkung prallte er in einer Linkskurve gegen eine Straßenlaterne und überrollte ein Verkehrszeichen.

Trotz der erheblichen Beschädigungen an seinem Fahrzeug setzte er seine Fahrt fort und stellte den Pkw vor seinem Wohnhaus ab, berichtet die Polizei. Anschließend begab er sich in seine Wohnung, zog sich aus und ging dann, lediglich mit der Unterhose bekleidet, spazieren. Dabei wurde er von der Polizei aufgegriffen.

## Am Berufskolleg „nichts kürzen“

**Karlsruhe/Bruchsal (mr).** „Das Bildungsangebot an der Käthe-Kollwitz-Schule ist aus einem Guss. Es wäre falsch, dort etwas herauszulösen.“ Hanspeter Gaal (CDU) brachte im Verwaltungsausschuss auf den Punkt, was Kreisverwaltung und Kreistage gleichermaßen ärgert: Die Absicht des Regierungspräsidenten Karlsruhe (RP), an der „Käthe“ drei Klassen des Berufskollegs zu streichen. Hintergrund ist die Neueinrichtung eines sozialwissenschaftli-

### Weniger Klassen wegen des neuen Gymnasialzuges

chen Gymnasiums an der Bruchsaler Schule. Nach Auskunft des Landratsamts stimmt das Kultusministerium neuen Bildungsangeboten nur dann zu, wenn im Gegenzug die Schule bestehende Klassen oder Schularten streicht, um die für die Neueinrichtung erforderlichen Personalressourcen (Lehrerwochenstunden) an anderer Stelle einzusparen.

An den übrigen Berufsschulen, an denen der Kreis neue Qualifikationsangebote machen möchte, lässt sich die Substitution – etwa im Hinblick auf sinkende Schülerzahlen – ohne größere Schwierigkeiten bewerkstelligen. Nicht so an der „Käthe“. „Wir unterstützen den Widerstand gegen die Substitution“, formulierte Eberhard Roth von den Freien Wählern die Meinung im Ausschuss. Hintergrund: Das Berufskolleg schließt an einen mittleren Bildungsabschluss an und führt in zwei Jahren zur Fachhochschulreife. Die Käthe-Kollwitz-Schule verwies darauf, dass die Nachfrage für das Berufskolleg weiter steige. So gebe es für das neue Schuljahr bereits 94 Anmeldungen. Der Kreis möchte in den Gesprächen mit dem RP darauf dringen, die geplante Streichung der Berufskollegs aufzugeben oder die erforderliche Substitution bei den zweijährigen Berufsfachschulen vorzunehmen.

## Lob für gute Reaktion und Kritik im Detail

„Datenaffäre“ im Landratsamt: Der Kreis wartet auf den Bericht des Datenschutzbeauftragten

**Kreis Karlsruhe (mr).** Das Prüfungsergebnis des Landesdatenschutzbeauftragten zur „Datenaffäre“ im Landratsamt Karlsruhe liegt noch nicht vor. Darüber informierte Landrat Christoph Schnaudigel den Verwaltungsausschuss des Kreistages. Wie mehrfach berichtet, hatte das Kommunal- und Prüfungsamt im vergangenen Jahr einen Datenabgleich von sämtlichen Beschäftigten der Kreisverwaltung vorgenommen. Hintergrund war der Fall eines früheren Mitarbeiters im Sozialamt, der Geld auf sein Privatkonto abgebzwängt hatte.

Um weiteren möglichen Untreuefällen auf die Spur zu kommen, überprüfte die innere Revision, ob Leistungen des Sozialbereiches

auf Gehaltskonten von Mitarbeitern überwiesen wurden. Das Landratsamt hatte daraufhin den Landesdatenschutzbeauftragten gebeten, das Vorgehen der Revision rechtlich zu prüfen.

„Im Grunde genommen ist es fast zweitrangig, ob das rechtlich einwandfrei war oder nicht“, sagte Schnaudigel. Die Kontrolle der Konten habe bei den Mitarbeitern zu einem großen Vertrauensverlust geführt, da sich jeder verdächtigt gefühlt habe. „Wir hätten das anders regeln können und bereits im Vorfeld des Datenabgleichs die Mitarbeiter informieren sollen“, räumte der Landrat ein. Dies wäre umso wichtiger gewesen, da die Prüfung keine weiteren Korruptionsfälle zu

Tage förderte. Die Fraktionssprecher im Kreistag verteidigten im Nachhinein fast einhellig das Vorgehen des Kommunal- und Prüfungsamtes. „Wir müssen solche Kontrollen im Zuge des geltenden Rechts zulassen“, sagte Josef Offe, Fraktionschef der CDU. Dass die überprüften Kontonummern allerdings mit Namen versehen waren, hält er für rechtlich problematisch. Zudem hätte die Verwaltung den Personalrat früher einschalten sollen.

Nach Meinung von Gerhard Dietz (SPD) hat sich Schnaudigel „gut verhalten“, indem er schnell die Mitarbeiter informiert habe. Es gelte jetzt, den Personalrat für künftige Fälle zu sensibilisieren.

„Das Kommunal- und Prüfungsamt wandelte auf einem schmalen Grat“, ist Eberhard Roth, Fraktionschef der Freien Wähler, überzeugt. Die Revision sei mit der Überprüfung aller Mitarbeiter über das Ziel hinausgeschossen. Karl Mittag, Fraktionsvorsitzender der Grünen, mahnte ebenfalls zu einem sorgfältigeren Umgang mit persönlichen Daten: „Wir hätten uns bei dem Vorgang ein Einverständnis mit dem Personalrat gewünscht.“

Laut Gabriela Büsse-maker, Fraktionschefin der FDP, hätte es genügt, nur die Mitarbeiter zu überprüfen, die mit Zahlungsvorgängen zu tun haben. Auch sie monierte, dass der Kontoabgleich nicht anonym erfolgte.

Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser

## Hauptschule wird nicht „gewählt“

Zu „Einheitsschule ist keine Lösung“ vom 31. März

Schülerinnen und Schüler, die die Hauptschule besuchen, „wählen“ diese Schulart nicht aus, sie werden ihr zugeteilt, gerade weil sie keine andere Wahl, das heißt keine Grundschulempfehlung für die Realschule oder das Gymnasium haben.

Bildungschancen sind Lebenschancen, und weil die Eltern dies seit langem erkannt haben, unterstützen sie ihre Kinder in der Grundschule so nachhaltig, dass zumindest eine Empfehlung für die Realschule erreicht wird. Auf der Strecke bleiben diejenigen, die sich diese Unterstützungssysteme nicht leisten können, darunter viele Kinder mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Familien. Auch die anerkannt gute pädagogische Arbeit der Lehrkräfte an Hauptschulen kann die seit Jahren abnehmenden Schülerzahlen nicht aufhalten. Besonders bitter ist für diese engagierten Lehrkräfte die Erfahrung, dass es kaum noch gelingt, Schüler mit erfolgreich bestan-

dener Hauptschulabschlussprüfung direkt in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln.

Inzwischen haben mehr als 30 Hauptschulen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe weniger als 100 Schüler. Die eigene Hauptschule vor Ort, in die viele Haushalte investiert wurden, erhalten zu wollen, ist nachvollziehbar. Es muss aber auch die Frage erlaubt sein, in welche Schulart – bei aller Durchlässigkeit unseres Bildungssystems – die eigenen Kinder und Enkel geschickt werden. Die Frage der Schulstruktur darf bei der Weiterentwicklung des Schulwesens in Baden-Württemberg kein bildungspolitisches Tabu sein. Aufhalten lässt sich diese Diskussion weder durch ein Bündnis zum Erhalt der Dreigliedrigkeit, noch durch gebetsmühlenartige Beschwörungen mancher Bildungspolitiker. Die GEW begrüßt eine kritische Auseinandersetzung mit dem von ihr erarbeiteten Bildungskonzept; sie sollte sich jedoch nicht nur auf einen Aspekt beschränken.

Sigrid Kaschanian  
Kreisvorsitzende der GEW  
Karlsruhe

Zu „Politik aus einem Guss“ vom 16. März und „WBB will's wissen“ vom 23. März

Der Wahlkampfauftakt der CDU Karlsruhe-Land zur Kommunalwahl gestaltete sich offensichtlich sehr verhalten, um es höflich auszudrücken. Das Interesse daran war mit 20 Teilnehmern in Anbetracht von 31 CDU-Ortsverbänden doch wohl mehr als gering. Allein in Weingarten kann die CDU 18 Kandidaten für den Gemeinderat nominieren, hinzu kommen Mitglieder, Funktionäre und Parteifreunde. Übrigens fand in Weingarten an diesem Tag keine Nominierungsveranstaltung der CDU statt, womit sich der etwas hilflos wirkende Erklärungsversuch von Herrn Scholz selbst ad absurdum führt.

Ob dieses offensichtlich Desinteresse vielleicht an der „Politik aus einem Guss“ liegen mag, für die der Referent und Donauschinger Oberbürgermeister Frei plädierte? Sie bestimmt von oben herab zentralistisch die Vorgehensweise, räumt jedoch lokalen Belangen in der Regel keinen Platz ein.

Herr Frei bescheinigte den Freien Wählervereinigungen „Unglaubwürdigkeit in der Sache schlechthin“. Mag sein, dass er das so sieht. Was der Wähler dazu sagt, wird sich am Wahltag zeigen. Gerade Freien Wählervereinigungen geht es hauptsächlich um die Lösung lokaler Probleme vor Ort, die die Bürger bewegen, weniger um zentral verordnete Parteitaktik.

Beschämend und bezeichnend ist, dass der Landtagsabgeordnete Kößler sich zwar traut, bei solchen Kleinstveranstaltungen von sich zu geben, er sei für den Neubau sicherer Kernkraftanlagen. Dass er diese Position in den an-

stehenden Wahlkämpfen bis zur Bundestagswahl nicht offensiv vertreten will, ist doch ein weiteres Beispiel dafür, wie Politiker der etablierten Parteien offensichtlich ein großes Problem damit haben, ihre eigene Position einzunehmen und diese auch öffentlich zu vertreten. Wo bleibt denn hier die Glaubwürdigkeit?

Ein Vergleich des offenkundigen Desinteresses an dieser überörtlichen CDU-Veranstaltung mit dem durchaus großen Interesse an beispielsweise den Veranstaltungen der Weingartener Bürgerbewegung (WBB) widerlegt Herrn Frei These. Die WBB zählt als Freie Wählervereinigung somit zu den „Unglaubwürdigen“ laut Frei und stellt derzeit trotzdem die zweitstärkste Fraktion im Weingartener Gemeinderat mit knapp 20 Prozent. Auch der Mitgliederzuwachs innerhalb knapp eines Jahres um etwa 45 Prozent wie auch die Forderung nach mehr Transparenz im Umgang mit dem Bürger zeigt, was die Wähler wollen.

Dr. Gabriele Wiegand  
Kanalstraße 46  
Weingarten

Wir bitten Verfasser von Leserbriefen ihre Telefonnummer anzugeben und sich kurz zu halten. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, die nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen muss. Die Redaktion